

# Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher Nr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Ercheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen - hat der Bezüge keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. - Vierteljährlich M 2 30, bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 2, - monatlich 70 Pf., - durch die Post bezogen M 2 40 -

## Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeämter des Bezirks.

Postcheckkonto Leipzig 24127.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die sechsmal gespaltene Zeile (Moffe's Zeilen 14) 25 Pf., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 20 Pf. Amtliche Zeile 55 Pf., außerhalb des Bezirks 65 Pf., Reklame - : 60 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. - : Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 25% Zuschlag. Bei zwangswiseher Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz umfassend die Ortshaften Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großschradorf, Breinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großmaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Druck und Verlag von E. S. Frsters Erben (Inh. J. W. Mohr). Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 286. Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 151

Donnerstag, den 19. Dezember 1918.

70. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen befinden sich auch auf der Beilage.

## Ämtlicher Teil.

### Die Ausgabe der Spirituskarten

an minderbemittelte Personen, die ihn unbedingt zu Kochzwecken und für Zwecke der Kranken- und Säuglingspflege benötigen, findet

Freitag, den 20. Dezember 1918

in der Ratskanzlei von 8-12 Uhr vormittags an die Inhaber der Brotkartennummer 351 bis 440 deren Jahreseinkommen 1800 M (Steuerklasse 9) nicht übersteigt, statt. Steuerzettel und vorzulegen. Für Leuzlichzwecke kann Spiritus nicht abgegeben werden.

Pulsnitz, am 19. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Auf Abschnitt R der Landesleitzkarte werden diese Woche in den Geschäften der Stadt Pulsnitz, Pulsnitz M. S. und Bollung

### 60 Gramm Margarine

zum Preise von 29 Pfg. abgegeben.

Pulsnitz, am 19. Dezember 1918.

Der Stadtrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat zu Ramenz.

Der Stadt Pulsnitz sind

### 5 Zentner Korpsen

zum Verkauf zugewiesen worden, welche vom Sonnabend, den 21. bis Dienstag, den 24. Dezember 1918 bei Herrn Reinhold Mierisch zum Preise von

3 M 20 Pf. für 1 Pfund gegen Abgabe einer Fischkarte zum Verkauf gelangen.

Diese Fischkarten werden Freitag, den 20. Dezember 1918 in der Ratskanzlei von 8-12 Uhr vormittags ausgegeben und zwar erhalten

Gaushaltungen bis zu 3 Personen eine Fischkarte über 1 1/2 Pfd.

über 6 " erhalten zwei Fischkarten und zwar 1 1/2 bis 3 Pfd.

eine Karte zu 1 1/2 Pfd. bis 3 Pfd. und eine Karte zu 1 1/2 Pfd.

Pulsnitz, am 19. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

### Volksküche Pulsnitz.

In der städtischen Volksküche zu Pulsnitz wird die nächste Woche vom 23. bis 28. Dezember 1918 kein Essen ausgegeben.

Pulsnitz, am 19. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

### Christmarkt in Elstra: Sonntag, 22. Dezember 1918

Buden werden nur auf vorherige Bestellung gestellt.

### Nationalversammlung oder Räte-Verfassung.

Vor unserem Berliner Vertreter.

Das ganze Land ist sich darüber einig, daß die Nationalversammlung kommen muß. Unzweifelhaft wird sich dafür auch im Kongreß der U. und S. Räte eine Mehrheit finden. Doch muß man immerhin mit Ueberdassungen rechnen. Auf der Tagesordnung des Kongresses steht nämlich der Punkt: "Nationalversammlung oder Räte-Verfassung." Wären die Unabhängigen in der Mehrheit, so würde der Kongreß die Nationalversammlung begraben und russische Zustände durch die Bestimmung einer Räte-Verfassung schaffen. Die Räte-Verfassung hat im Lande schon genügend die Stimmung verborben. Zu ihr hat niemand mehr das richtige Vertrauen, denn obwohl in einig n Städten von den Räten wirklich umfänglich gearbeitet wird, haben die Mehrzahl der Räte eine Willkürherrschaft getrieben, die jeden belehren mußte, daß die Revolution durch die Räte keine sonderliche Festigung im Bürgertum erfahren kann.

Aber das ist es nicht allein, was gegen die Räte-Verfassung spricht, wir müssen heute weiter denken, müssen uns der Zukunft erinnern. Für sie arbeiten wir. Noch haben wir keinen Frieden. Mit einem Deutschland aber, daß sich einer Räte-Verfassung unterwirft und daß auf die Nationalversammlung verzichtet, mit einem Deutschland, wo die Mehrheit des Volkes keine Stimme hat und keinen Sitz im Parlament und in der Regierung wird die Entente, was nicht mehr abzuweisen ist, nicht verhandeln. Der "Vorwärts" ist so ehrlich einzusehen, daß das Debatte- ren über das Räteystem ein Umding ist, da das System von seinen Anhängern selbst schon zur Karikatur gemacht worden ist. "Die Dinge stehen so," schreibt er, "daß wir überhaupt keinen Frieden bekommen, wenn wir uns nicht rasch zu europäischen Staatsformen bekehren." Die Vorgänge in dem Kongreß der U. und S. Räte werden auch der Entente nicht verborgen bleiben. Sie sehen das alte Bild, daß schon Rußland zeigte: einseitig gewählte U. und S. Räte sind nicht in der Lage ein Reich zu regieren. Auf ihre Schultern läßt sich nicht die große Verantwortung laden, die erfahrene, vom ganzen Volk getragene Männer müßig zu tragen wissen. Was unsere Ueberzeugung ist, wird auch die Ueberzeugung der Alliierten werden. Und sie haben alle Ursache dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht zusammenbricht, denn sie planen schließlich dieses Deutschland auszunutzen und ihm Bedingungen aufzuerlegen, die es nur erfüllen kann, wenn ein geordnetes Staatswesen die große Last der Verantwortung erhält.

Man hat dem Kongreß der U. und S. Räte mit einem gewissen Vertrauen entgegen gesehen. Heute ist dieses Vertrauen gewichen. Seine tatsächliche Arbeit ist minimal. Deputationen erscheinen, die außerhalb des Kongresses gebildet werden und schreiben dem Kongreß die Tagesordnung vor. Er hat nicht die Kraft, sich gegen zu wehren.

Dienstag waren es, wie jetzt festgestellt ist, Soldaten, die sich ganz zu unrecht als Beauftragte Berliner Regimenter ausgaben, Mittwoch drang eine Arbeiter-Deputation vor, und bereicherte die Tagesordnung. So werden die wichtigen Entscheidungen hinausgeschoben, so ist es auch möglich gewesen, daß der eigenartige Punkt: "Nationalversammlung oder Räteverfassung" heute noch nicht Erledigung finden konnte. Der "Vorwärts" appelliert an die Vernunft der Mehrheit, sie wird ihm auch zu folgen suchen. Aber es hat sich ja auch schon hinlänglich erwiesen, daß eine vernünftige Mehrheit einer oppositionellen, unbotmäßigen Minderheit zu Kreuze kriechen muß. Die wichtige Frage, die Deutschlands Schicksal heißt, wird daher wieder brandende Wogen bringen und einen Sturm, der nicht so leicht beigelegt werden kann. Die Nationalversammlung kommt gewiß: Die Mehrheit ist vorhanden, die Regierung hat sich festgelegt, das Volk ist darauf eingestellt. Aber wer will heute schon sagen, daß nicht irgend ein Antrag das Räteystem vereinnahmen will und es auch vereinnagen wird, daß neben der Nationalversammlung eine andere Regierung erstehet, eine Kontrollinstanz, einseitig zusammengesetzt, ein Fünftel unserer Zukunft. Alle Gefahren der angeblichen Gegenrevolution verblaffen vor solchen Bestrebungen. Man wird aufatmen, wenn sie sich nicht bewahrheiten sollten.

### Das Wichtigste.

In unterrichteten Kreisen wird mit der Besetzung der gesamten neutralen Zone durch die Alliierten bis zum Ablauf der ersten Januarwoche gerechnet.  
Im Reichsfinanzamt werden neue Steuervorlagen vorbereitet, die als Anträge der Regierung an die zusammentretende Nationalversammlung gelangen sollen. Die Wirkung der neuen Reichssteuern ist bereits für April, den Beginn des neuen Etatsjahres, vorgesehen.  
Der Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung dürfte auf kurz nach dem 15. Januar festgesetzt werden. Der Rat der Volksbeauftragten erließ eine Verordnung über die Zurückführung von Waffen und Heeresgut in den Besitz des Reiches.  
Die Garde Kärassiere und eine größere Anzahl in Berlin eingetroffene Formationen haben nach Erklärung ihrer Soldatenräte sich aufgelöst, ein Freigeldbrot auf die neue Staatsform abzulegen, solange nicht die Entscheidung der Nationalversammlung vorliegt.  
Aus Budapest wird gemeldet: Im Ministerium des Innern eingetroffene Meldungen besagen, daß gestern in der Nähe der Ortschaft Margitsalva zwischen der kaischer Volkswehr und tschechischen Truppen eine blutige Schlacht stattgefunden habe. Am Kampf nahm auch Artillerie teil. Die Tschechen hatten 180 Tote und zahlreiche Verwundete. Sie haben in der Richtung auf Pecebad den Rückzug angetreten.

### Vom Kriege.

Basel, 17. Dezember. (Die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands.) Das berichtet aus Paris: Das in Trier anlässlich der Erneuerung des Waffenstillstandes unterzeichnete Finanzprotokoll enthält folgende Klauseln: 1. Deutschland verpflichtet sich, ohne vorherige Verständigung mit den Alliierten nicht über seine Metallbestände, Effekten oder Guthaben im Ausland, sowie über fremde Mobilienwerte, sei es Eigentum des Volkes oder öffentlicher Kassen, sei es Eigentum von Privatpersonen oder Gesellschaften, zu verfügen. 2. Deutschland verpflichtet sich ferner, im Einverständnis mit den Alliierten die notwendigen Maßnahmen zu treffen zur möglichst raschen Erledigung und Regelung der Bedingungen unter denen die Interessenten die Rückgabe der verlorenen oder gestohlenen Titel in den bestetzten Gebieten erlangen oder wieder in den Besitz ihres sequestrierten Eigentums gelangen können. 3. Deutschland verpflichtet sich unter gewissen Bedingungen, die Guthaben der Eisab-Votbringer bei ihrem Verschall einzulösen und den Eisab-Votbringern mit der freien Verfügung über ihre in Deutschland liegenden Güter, Wertpapiere, Titel und Einlagen keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten.

Berlin, 17. Dezember. (Die deutschen Verluste im Weltkrieg.) In Ergänzung einer früheren Mitteilung über die Höhe der deutschen Verluste im Weltkrieg können über die Gesamtziffern der deutschen Verluste bis zum 20. November 1918 jetzt die folgenden authentischen Zahlen bekanntgegeben werden: 1 800 000 Tote, 200 000 Vermisste, 618 000 Gefangene, 4 064 000 Verwundete. Das ergibt einen Gesamtverlust von 6 490 000.

Berlin, 17. Dezember. (Die Kriegsoffer der deutschen Offiziere.) Nach amtlichen Feststellungen sind im Kriege 58 000 Offiziere gefallen. Die Zahl der verwundeten und erkrankten, erblindeten und hiechen deutschen Offiziere übersteigt die Zahl von 200 000, unter ihnen befinden sich Offiziere, die mehr als fünf mal verwundet worden sind.

Basel, 17. Dezember. (Gegen den "republikanischen Imperialismus.") Von besonderer englischer Seite wird dem Vertreter der "Telegraphen-Union" erklärt: Wenn die gegenwärtigen Berliner Nachthaber, wie die Alliierten aus gewissen Anzeichen annehmen müssen, darauf abzielen, die alte preussische Oberherrschafft innerhalb Deutschlands unter der Maske einer neuen republikanischen Staatsform wieder aufzurichten, würden England und Frankreich solch einem verkappten imperialistischen Staatsgebilde unter allen Umständen die Anerkennung verweigern. Der Krieg wäre, so erklärte man dem Gewährsmann der "Telegraphen-Union", umsonst ausgekämpft worden, wenn jetzt auf den militärischen Zentralismus in Deutschland ein republikanischer Imperialismus folgen würde.

Basel, 17. Dezember. (Die U. und S. Räte nicht verhandlungsfähig.) Die "Times" melden aus London: Die englische Regierung verbietet dem englischen Oberkommando mit Arbeiter- und Soldatenräten oder mit den von ihnen eingesetzten Bevollmächtigten des Deutschen Reiches zu verhandeln.

